

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befreiung. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.
Nummer 2240 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich
S. B.: Albert Hertling in Halle.
Korrespondenz-Verbindung mit Berlin und Leipzig.
Königsplatz-Str. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Wiederwöchentliches Jahrgang.

Anzeigen

wereben die Spalte oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, nach weiteren Ansuchen, in allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bestellen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 265.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 12. November

1890.

Der Landtag.

In der vorigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses sprach ein konservativer Herr von dem „Domänenverwalter“, in welchem dieses Parlament seit einer Reihe von Jahren verfallen sein sollte. Das Wort zeigte von klöblicher Selbstkenntnis; die konservative Partei ist es, die im Abgeordnetenhause das Heft in Händen hält, und sie ist es, die die Linie trifft die Schuld an der unglücklichen Verumpfung der preussischen Gesetzgebung. Die fünfjährige Periode des Bismarck'schen Regiments brachte für Preussen eine Zeit unerschütterlichen Stillstandes, die durch die Initiative der Volkstretreue kaum unterbrochen wurde; und wo seither eine regere Schaffenslust hervortrat, da kam schließlich, dank der fortschrittlichen Majorität ein vernünftiges Kompromißwerk zu Stande, an dem eigentlich niemand rechte Freude hatte.

Unter gänzlich veränderten Zeichen nimmt heute die Landtagssession ihren Anfang. Der Verordnungsminister ist in Gedränge und die Herren Wülfel und Herrfurth sind die Mittler, die dieses Leben in die alten Formen bringen. Während das offizielle Arbeitsprogramm des Reichstages verlässlich noch ziemlich dürftig erscheint und nur die Frage der Lebensmittelpreise von Tag zu Tag drängender hervortritt, wartet das Landtage eine Reformgesetzgebung, wie sie so umfangreich und bedeutungsvoll seit den Zeiten der Heeresreorganisation vielleicht nie wieder das preussische Parlament beschäftigt hat. Der Landtag wird sofort vor eine Reihe wichtiger Reformfragen gestellt werden, deren schwierigere Beantwortung noch dadurch erheblich erschwert wird, daß die geplanten Reformen auch untereinander in engstem Zusammenhange stehen. Es handelt sich hier zunächst um die Steuerreform, um die Landesgemeindeordnung und um das Schulgesetz, abgesehen von anderen Entwürfen, deren Wirkung einwirken noch unbekannt ist.

Die veränderte Konstellation zeigt sich auch darin schon, daß es diesmal die Konservativen sind, die den Dingen entgegenzutreten haben. Sie waren bisher die Herren der Situation und Arm in Arm mit der Regierung forderten sie alle liberalen Wünsche in die Schranken. Demgegenüber Verhältnis droht nun der Untergang. Herr Herrfurth hat den Vertretern des Outlets gewissermaßen einen schweren Stand gehabt; wie man in agrarischen Kreisen über die Reform der Landgemeindeordnung denkt, ist hinlänglich bekannt; jede Veränderung des bestehenden Zustandes sieht hier auf jähem Widerstand. Auch Herr Wülfel ist in den preussischen Kreisen durchaus keine sympathische Persönlichkeit und es ist kaum anzunehmen, daß sie mit Feuerkraft eine Steuerreform gehen werden, bei der für ihre Sonderinteressen nichts zu hoffen ist. Das Ziel, das sich der neue Finanzminister gesetzt hat, ist ein gerechtes Besteuerungssystem, einschließend einer weitgehenden Selbstfinanzungsmaßnahme. Das dabei für die großen Besitzenden ein Gewinn nicht beanspruchbar kann, leuchtet auf den ersten Blick ein. Und noch andere Fragen, die allerdings zu erledigen sein werden, stehen auf dem Widerstand der rechten Seite. In erster Reihe wird über die Kontingentierung der Steuern endlich die Entscheidung fallen müssen. Es ist nicht anzunehmen, daß die liberalen einer unvollständigen Steuerreform ihre Zustimmung geben, ohne daß in unsere Finanzwirtschaft ein beweglicher Einmaligkeit eingedrungen wird, der mit dem Bedürfnis steigt und fällt. Schon in diesem Etatsjahr werden weit größere Ueberschüsse sich ergeben, als man erwarten durfte; eine weise und vorausschauende Finanzpolitik aber sollte nur soviel Geld aus den Taschen der Steuerzahler nehmen, als für die Verdrängung dringender Bedürfnisse bräunt. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Ausgaben mit den vorhandenen Mitteln rapid zunehmen; darum muß aus Sparmaßregeln die Kontingentierung der Steuern mit aller Kraft hingedrängt werden.

Die heutige Erwörterung und der Verlauf der Verhandlungen sind sehr ausgedehnt und sehr bewegten Verhandlungen werden zu eingehender Erörterung aller zur Diskussion gestellten Fragen reichlichen Anlaß geben. Für den Augenblick handelt es sich nur darum, die Lage zu beleuchten, wie sie bei seinem Zusammentritt der Landtag vorliegt. Soweit sich das Reformprogramm der Regierung überblicken läßt, muß es bei der Wichtigkeit des Abgeordnetenhauses und natürlich erst recht im Herrenhause Widerstand begegnen. Was wird die Folge sein?

Die Aufgabe, daß die Regierung nicht geizig sein kann, eine direkte oder indirekte Ablehnung der Reformvorlagen in einem der beiden Häuser des Landtages stillschweigend hinzunehmen, hätte der Verfassung des Reiches ein Verhängnis bedeutet. Mit Recht aber hat dieser geschweidige Politiker darauf hingewiesen, daß es sich hier um die erste große Aktion auf dem Gebiete der Landesgesetzgebung unter Kaiser Wilhelm II. handelt; es wird für lange Zeit vielleicht eine Lebensfrage der Konservativen ein, wie sie zu dieser ersten Aktion sich stellen wollen. Die Herren wissen das auch ganz genau; sie verhehlen sich nicht, daß sie aus einem mit der Parole der Reformgesetzgebung gesättigten Wahlkampf nur außerordentlich geschwächt und entkräftigt hervorgehen könnten. Und da sich preussische Minder noch stets als gute Redner und als kluge Geschäftleute erwiesen haben, glauben wir nicht recht daran, daß sie in eine ernste Opposition zur Regierung treten und so selbst den Akt abgeben werden, auf dem sie immer noch recht beharrend sitzen. Und auch im Herrenhause wird man sich der Verdrängung nicht verschließen können, daß man durch prinzipiellen Widerstand den Bestand der vom modernen Geist längst verurteilten Patrimonien ernstlich gefährdet. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Verlauf einer Verdrängungspolitik in beiden Kammern gemäht wird; eine Mehr-

heitspartei, die der Regierung rücksichtslos Deposition zu machen den Wunsch hat, muß von einem Vertrauen in die eigene Sache besetzt sein, und es unfern in der Schule eines schwachgemuteten Konservatismus nicht gewordenen Konventionen schwerlich anzutreffen ist.
Andererseits Sammelbarkeit aber wird sich im Ansehung der gewaltigen Aufgaben, die dem preussischen Landtag gestellt sind, nicht lange behaupten können. Schon allzu lange ist die Reform der preussischen Verwaltung zurückgestellt worden; die Parteien werden jetzt fertig zu bekennen haben und es wird sich zeigen müssen, wo die Vertreter der Gesamtinteressen, wo die politischen Geistesigen sind. Auch für die künftigen Parteiverhältnisse kann die heute beginnende Landtagssession von entscheidender Bedeutung werden.

Deutsches Reich.

* Berlin, 10. Nov. Se. Maj. der Kaiser begab sich gestern nachmittag, der schon erwähnten Einladung des Kommerzienrats v. Alvensleben im Rangatterleben zur Spandauer Jagd, nach Neugatterleben. Abends 6 Uhr traf mit seiner Begleitung der Kaiser dort ein. Heute nachmittags 7 Uhr erfolgte die Jagd. Die Hühner Se. Maj. nach der Willkür der Jagd vorausichtlich heute abend zwischen 11 und 12 Uhr erfolgen. Morgen nachmittag wird der Kaiser einer Sitzung des Landes-Deputations-Kollegiums im Gebäude des landwirtsch. Ministeriums beiwohnen. Der Kaiser hat das zu verhandelnde Thema selbst festgelegt, und zwar ist es: „Schulungsregeln bei landwirtschaftlichen Maschinen.“ Auch für ein nach der Sitzung beim Minister für Landwirtschaft, Dr. v. Lucius stattfindendes Wahl hat der Kaiser seine Teilnahme zugesagt. — Die Kaiserin Friedrich wohnte gestern abend mit der Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein, dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Griechenland, der Prinzessin Margarethe und dem Herzog und der Herzogin von Connaught dem Gesandten in der englischen Botschaft im Schloß Monbijou bei. — Der Großfürst und die Großfürstin in Sadowitz sind am Samstag abend nach Petersburg abgereist. — Nach brieflichen Nachrichten aus Rom ist das Gefährden der jetzt dort weilenden Frau Kronprinzessin von Schweden nach den Aufregungen einer ebenfalls sehr stürmischen Seele ein durchaus bedauerliches.

□ Berlin, 10. Nov. Das von einem biesigen Blatt unter dem Titel „Der Kaiserliche Hof“ veröffentlichte Gerücht, daß Hofprediger Schröder für die Stellung des künftigen Hausministers Herrn v. Wedell-Piesdorf berät, wie ich vernehmen darf, auf absolut falscher, müßiger Kombination. Herr v. Wedell-Piesdorf ist alles andere als ein Anhänger der Seelerei. Seine konservativen Forderungen sind keine, er ehrentwohl zu den Freikonfessionellen wie zu den Freunden des Herrn v. Hauptmann stehen. Mit D. Kögel eng befreundet, hat er Herrn Seelerei niemals nahe gestanden. Ich vernehme dessen Ueberzeugung somit am allerwenigsten, und es ist geradezu lächerlich, daraus für seine durchaus gesunde Stellung irgend welche nachtheilige Schlüsse ziehen zu wollen.

□ Berlin, 10. Nov. Mit Vorbehalt registrierte ich das Gerücht, daß Hofprediger Schröder für ein hohes Amt im Ministerium in Aussicht genommen sei. Seine begünstigte anderweitige Verwendung soll in Kürze bekannt gegeben werden. Heute oder morgen dürfte auch im „Reichsanzeiger“ die Entlassung Seelerei's offiziell bestätigt werden. Seit dem 7. d., wo er noch zu einer längeren Konferenz mit dem Vorhergehenden des Evangelischen Oberkirchenrats, Dr. Herms, befohlen worden war, ist das Dienstverhältnis bereits in seiner Hand. Die Vertretung ist durch diesen Herrn erfolgt. Darum erregt es berechtigtes Aufsehen, daß Herr Seelerei am Freitag abend in einer schriftlichen Bestätigung noch so that, als wäre sein Name noch nicht abgesehen. Das vom Evangelischen Oberkirchenrat über seine Rede in Bittungen abgegebene amtliche Gutachten wird, wie verlautet, auf besonderen Wunsch einer befristeten Persönlichkeit nicht der Öffentlichkeit übergeben werden. Sehr interessant und für die Beurteilung des Ministeriums sehr wichtig wäre es gewesen, wenn wenigstens dessen Inhalt bekannt geworden wäre! Zum 1. Jan. wird Herr Seelerei bereits seine Amtswohnung in der Hindenburgstraße mit einer Privatwohnung vertauschen. Nach der Art und Weise, mit welcher man ihn auf höchsten Befehl hat gestellt hat, dürfte es ihm, dem leidenschaftlichen Agitator, recht schwer werden, auch fürderhin das monarchische Banner hochzuhalten. Darüber, daß man seinen Rücktritt schon längst dort wünschte, ist ihm durch die Aktion des evangelischen Oberkirchenrats (jedweder Zweifel benommen worden. Man wollte ihm die Entlassung, selbst im seinen Absicht eingekommen zu sein, in Verbindung aus bestimmten Gründen nicht gewähren. Andernfalls hätte sich sein Rücktritt unter durchaus normalen Umständen vollziehen müssen. Für jeden unbesonnenen Beobachter, der mit den Einzelheiten vertraut ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß es sich um keinen freiwilligen Rücktritt gehandelt hat. Mittlerweile hat Konfessionsrat Dr. v. Wedell die vorläufige Vertretung D. Kögel definitiv angenommen, trotz des persönlichen Bedenkens, er sei dieser hohen Würde nicht gewachsen. Hier sei übrigens gleich bemerkt, daß zwischen ihm und Seelerei ein persönlicher Gegensatz oder irgend welche Reibung nie bestanden haben. Dr. v. Wedell, ein wohlwollender Geistlicher, gabt vielmehr selbst im Überdamm der Kreuzzeitung zahlreiche Bescherer und Freunde.

Zur Domprediger-Krise werden von angeblich gut unterrichteter Seite noch folgende Mittheilungen verbreitet:
Die Krankheit des Ober-Sopredigers D. Kögel ist theils auf Ueberanstrengung, theils auf Herdruß im Amt zurückzuführen. Sie äußerte sich zunächst in einem nervösen Zittern der Hände, zu der sich dann Gedächtnisschwäche gesellte; zum

offenen Ausbruch kam die Krankheit bei der Beerdigung Seelerei's für Frau v. Seelerei in der im Dom-Konfessionen. Der so redigierende Geistliche vermochte plötzlich während der Trauerrede nicht weiter zu sprechen, er hatte den Faden seiner Ausführungen vollständig verloren und vermochte nur unzulänglich hängende Worte hervorzubringen. Der hochwürdigsten Trauerbestimmung leuchtendste sich die Verlangung, auch einige Minuten verziehen, bis endlich König sich so weit gefaßt hatte, daß er das Manuskript seiner Rede hervorholte und den Schluss ablesen konnte. Durch den Geh. Rath v. Zuccarus, den Ober des Ziviloberrats, welcher der Seelerei begehört hatte, erhielt der Kaiser Kunde von dem Vorfall und ertheilte sofort dem Ober-Soprediger v. Wedell den D. Kögel anzuweisen. Er befindet sich zur Zeit in Louisa, wo eine Tochter und ein Sohn in Pension untergebracht sind; er wird sich allmählich nach Haag zu seinem dort lebenden Kinde begeben und schließlich einen längeren Aufenthalt in Italien nehmen. Die Hofprediger Seelerei und Schröder werden vorläufig noch einige Zeit im Amt bleiben. Zur Entlassungsgeld ist vom Kaiser umgehend genehmigt worden und zwar am Donnerstag, Tag nach einer dem Konfessionsrat Dr. v. Wedell gewährten Audienz und unmittelbar vor der Abreise zur Jagd beim Grafen Gulemburg. Hofprediger Seelerei hat inzwischen ein zweites Schreiben an den Kaiser geschrieben, in dem er sich bereit erklärt hat, sich zum Ausscheiden eines Nachfolgers die ledigsteren Geschäfte zu verrichten; Hofprediger Schröder wird voraussichtlich überhaupt erst im April n. J. aus dem Domamt scheiden, es wird sich auch kaum früher ein geeignetes anderes Amt für ihn finden lassen. Ueber die Nachfolger der Ausschreibungen ist weder im Ministerium, noch in den Kreisen eine feste Meinung bekannt, nur hören nur, daß vielleicht ein bekannter Geistlicher einer großen Vorstadtgemeinde im Süden in Frage kommen könnte; schon im Sommer hielt es einmal, daß dabei Geistliche den Kaiser auf Reiten begleiten sollte, es blieb demnach über dem Gericht. Konfessionsrat Seelerei ist übrigens auf der Donauinsel bei Weidling; er hat seine theologische Ausbildung im Domkapitelstudium genossen und ist in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Domkapitular gewesen.

Von bestunterrichteter Seite wird der „Post“ hinsichtlich der Besetzung der Hofprediger-Stellen folgendes mitgeteilt:

Nachdem Herr Hofprediger Bayer von vortragenden Rath im Kultusministerium ernannt worden war, wollte der Kaiser dem Konfessionsrat Dr. v. Wedell von der Dreifaltigkeitstische zum Hofprediger berufen; Dr. v. Wedell lehnte jedoch Se. Maj. von seinen Besuchen ab, indem er sich weigerte, auch wenn auch vom Kaiser die Entlassung nicht verweigert wurde, nun ganz unverantwortlich die pöbliche Entlassung des Herrn Ober-Sopredigers D. Kögel, und dessen dadurch bedingte Verurteilung. Nun ließ Se. Maj. dem Konfessionsrat Dr. v. Wedell wissen, daß er mit Bestimmtheit darauf rechnet, während der Abwesenheit des Ober-Sopredigers D. Kögel, während der Seelerei in dessen Vertretung die Stellung eines Hofpredigers, und damit die Seelerei in der königlichen Familie übernehmen. Jetzt konnte Dr. v. Wedell sich diesem alle. Vertrauensbeweise nicht erweisen und sich demgemäß alle die Funktionen des Ober-Sopredigers D. Kögel während dessen Krankheit verrichten. Aus einer Erneuerung Erwählung zum Hofprediger ist somit nicht die Rede, vielmehr wird derselbe nach der Rückkehr des Herrn D. Kögel (?) seine Stellung an der Dreifaltigkeitstische wieder übernehmen.

?? Berlin, 10. Nov. Nachrichten aus Rom bestätigen, daß die französische Diplomatie im Vatikan eifrig bemüht ist, insbesondere auf die Straßburger Eed'skannfrage einzuwirken. Hier erklärt man sich durch die erheblichen Schwierigkeiten, auf welche die betr. Vorschläge Herrn von Schlegler dort stießen.

?? Berlin, 10. Nov. Die vielfach telegraphierten Fabeln von einer allgemeinen europäischen Abrüstung erfahren durch die jüngsten Untergerathungen der französischen Kammer wieder einmal ein sehr profanisches Dementi. Die Weltwillt läßt sich den Ausbau ihres Heeresapparats viel leisten. Die totalen Summen, welche dieser unerlässliche Wolsch von Jahr zu Jahr erfordert, sind von der Majorität ohne langes Zaudern bewilligt worden. Herr Freycinet selbst müßte vor einem neuen glänzenden Erfolg, um ihn sich schließlich mander andere Kriegsminister beneiden dürfte. Nach den gemachten Erfahrungen sieht jeder zu bestirren, daß derselbe in absehbarer Zeit auch auf das Ausland wenig erhebliche Wirkung ausüben wird. Man wird somit gut thun, sich nach dieser Richtung auf neue Ueberlegungen gefaßt zu machen.

□ Berlin, 10. Nov. Der tragikomische Rollenspieler, in den der französische Volkstheater D. Serbette auf der Durchreise in Serbesthal gerathen war, hat durch eine mündliche Aufklärung bereits eine befriedigende Erklärung gefunden. Herr Serbette mußte sich selbst davon überzeugen, daß irgendwelche Ueberführung der Dienstbefugnisse seitens der Jollisten nicht stattgefunden hat.

Die die Nat.-Z. hört, steht die Veröffentlichung eines Erlasses des Kaisers an das preussische Staatsministerium über das Unterrichtswesen bevor. Der Erlass ist schon älteren Datums — er dürfte noch vor dem Rücktritt des Fürsten Bismarck ergangen sein — ist aber bisher nicht bekannt geworden. Das unglückselige Schriftstück enthält sowohl den höheren, als den Volksschul-Unterricht. Es finden sich manche Anklänge an den bekannten Erlass über den Unterricht in den Realwissenschaften, doch, so namentlich das Verlangen, daß beim Religionsunterricht das Verbot der Einnahme eingeschränkt und aller Nachdruck auf die sittliche Seite des Unterrichts gelegt werden soll. Für die höheren Schulen wird u. a. die Fortführung des Unterrichts in der deutschen, bzw. preussischen Geschichte bis auf die neueste Zeit verlangt. Die Schüler sollen erfahren, daß die preussischen Könige immer für die bedrückten Klassen gefordert haben; wie am Anfang des Jahrhunderts durch die Befreiung der Bauern, so im letzten Jahrzehnt durch die sozialpolitische Reichs-Gesetzgebung. Die Schule soll an der Befähigung der Sozialdemokratie teil-

nehmen, indem sie die künftigen Staatsbürger befähigt, die sozialistischen Vorkämpfer als solche zu erkennen. Zu diesem Zwecke sollen auch die Volksschullehrer in den Seminarien von den wichtigsten Lehren der Volkswirtschaftslehre bekannt gemacht werden. Dies sind einige apostrophische Mitteilungen aus dem Bericht, dessen Veröffentlichung wohl im Hinblick auf die bevorstehende Unternehmung über das höhere Schulwesen angeordnet ist.

Der Präsident des Reichstages benachrichtigte die Mitglieder, er beschlicke, den Reichstag zwischen dem 25. und 27. Nov., spätestens bis zum 2. Dez. zusammenzutreten zu lassen.

Wie uns berichtet wird, stößt der Vorschlag, daß der Reichstag seine Plenarsitzungen mit Rücksicht auf die beschleunigten Verhandlungen des preussischen Landtages bis nach Januar vertagen möge, an der entscheidenden Stelle auf Beibehaltung.

Die Werbung, daß außer einer Reihe anderer Vorkämpfer im Geleise der Landtagsordnung alsbald auch die Wiederherstellung eines Geheimeschutzes über die Verteilung der Kosten der fgl. Polizeiverwaltungen bevorzucht, dürfte, den V. P. M. zufolge, verfrüht sein. Es handelt sich dabei nämlich nicht um die Wiederhernahme des 1880 im Herrenhaus unerledigt geliebten gesetzgeberischen Planes auf gleicher oder wenig veränderter Grundlage. Vielmehr besteht die Absicht, diese Grundlage nach zwei Richtungen wesentlich zu erweitern. Wenn in den Städten mit königl. Polizeiverwaltung einerseits alle Zweige der Sicherheitspolizei dieser Bezirke werden sollen, so soll dieselben Städten doch andererseits die Wachspolizei zu eigener Verwaltung in weitem Umfange übertragen werden, als bei den Verhandlungen mit den Städten in Aussicht genommen war. Sodann sollen, um den Zweck des gesetzgeberischen Vorhabens, eine gerechte Ausgleichung der Kosten zwischen denjenigen Städten, in welchen der Staat einen Teil der Polizeikosten trägt, und den übrigen, welchen dieselben voll zur Last fallen, noch deutlicher und bestimmter zum Ausdruck zu bringen, die durch eine stärkere Heranziehung der ersten gewonnenen Mittel mit dazu verwendet werden, alle Städte bei der Handhabung der Polizei wirksam zu unterstützen. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine derartige Umänderung der Grundlage des Gesetzesvorhabens neue Erörterungen notwendig gemacht hat, welche noch nicht völlig zum Abschluß gelangt sein dürften.

Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes, die Unterbringung von Familien der zu Friedensbedingungen einberufenen Mannschaften zugegangen.

Der Reichstanzler v. Caprivi ist am Montag nachmittag wieder in Berlin eingetroffen.

In den Verhandlungen zwischen Deutschland und England betr. Regelung der Grenze bei Kamerun ist in letzter Stunde eine Unterbrechung eingetreten. Der englische Kommissar Major Macdonald wurde am Sonnabend telegraphisch nach London gerufen, um Lord Salisbury über die Frage Vortrag zu halten. Major Macdonald ist auch schon abgereist. Nicht ausgeschlossen ist, daß Major Macdonald überhört nicht mehr zurückkehrt und daß die weiteren Verhandlungen in London zwischen dem deutschen Vorkämpfer, Grafen Hatzfeldt, und Lord Salisbury direkt geführt werden.

Die sächsische Handelskammer hat eine Delegationenkonferenz sämtlicher deutschen Seestädte angezettelt und den Senat erwidert, bei den Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag gegen die Differenzialzölle Stellung zu nehmen.

Auf dem am Sonntag abgehaltenen Parteitag der baltischen Nationalliberalen in Karlsruhe erklärten 120 Delegierte das Kartell für befristet und die Bekämpfung der süddeutschen Konföderation und des Antikommunismus für Ehrenpflicht.

Den vereinigten Reichsnobeln Berlins ist ein Schreiben des Kultusministers zugegangen betr. die anderweitige Abgrenzung der Berliner Pfarochien. Ein Antrag auf Regelung der Gehaltsverhältnisse der Berliner Geistlichen durch Alterszulagen wurde nahezu einstimmig angenommen.

Wegen Abtritts des Heine'schen „Werbliedes“ in der wogebener sozialdemokratischen „Vollstimmung“ ist gegen den Redakteur ein Strafverfahren wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung eingeleitet worden.

Wochens. 9. Nov. Heute fand in Witten eine Bergarbeiterversammlung statt, auf deren Tagesordnung auch die Streikfrage stand. Mehrere Redner behaupteten die Lage als unerträglich und der Lage vor dem Streik von 1889 ähnlich. Wenn nicht anders, so müsse man durch einen neuen allgemeinen Streik eine Aenderung erzwingen, und es müsse daher das nächste Streben auf den Ausbau der Organisation in einem Verband und die Anbahnung an die übrigen Bezirke gerichtet sein. Der Delegierte Marxgraf sagte, die Bergleute würden den Kaiser in seiner Sorge um die Arbeiter unterstützen. Die Lage ist wieder wie vor dem Ausbruch. Wenn die Arbeitgeber nicht endlich Ernst machen mit der Befreiung, so müsse man einen neuen Ausbruch versuchen. Der Bergarbeiter-Verband, welcher deshalb gegründet worden, müsse mehr ausgebaut werden und mehr Fühlung mit den übrigen Bezirken nehmen.

Dresden, 10. Nov. Wie verlautet, werden mit Rücksicht auf die bevorstehende Volkszählung und die vor Weihnachten eintreffende gewerbliche Tätigkeit die für die Monate November und Dezember angeordneten unangenehmen Abgaben des Verlaufssteuerandes auf Januar bezogen werden. Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck wurde heute vom König in längerer Audienz empfangen. Der Kaiser nahm nachmittags an der königl. Tafel in Streifen teil. — Die Einkehr lebender Schweine aus Ostpreußen ist unter gewissen Bedingungen auch nach Schwaben gestattet worden.

Breslau, 10. Nov. Fürstbischof D. Köpcke hat sich heute rühmlich über die Wahlkonferenz nach Wien begeben.

Hofen, 10. Nov. Das Herr v. Schulze'sche gebrüderliche Mitteilungsblatt (Kreis Bredow) ist nach einem Urteil von 2000 Mark, infolge der Aufhebung des Kommissions für den Kreis von 189 M. pro Morgen erworben worden.

Wies, 10. Nov. Der Statthalter Fürst v. Stolberg hat gestern das kaiserliche Schloß zu Wies besucht und ist heute mit dem Schloßbesitzer nach Berlin zurückgekehrt.

Wien, 10. Nov. Bei dem am 6. d. stattgefundenen Wahlkampf für den Reichstag am 6. Wahlkreis Unterfrankens (Münchenburg-Würzburg) sind, nach amtlicher Mit-

teilung, im ganzen 11,325 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten die Sozialdemokraten 4,600, die Nationalliberalen 3,755, die Katholiken 1,625, die Fortschrittspartei 1,345, die Radikalen (Wolfs) 165, die Fortschrittspartei (Wolfs) 1155 Stimmen. Der erste ist somit gewählt.

Rußland.

England. Die öffentliche Debatte über Stanley gewinnt immer mehr an Ausdehnung und an Schärfe. Die Blätter sind gefüllt mit weiteren abgedruckten Einzelheiten über die Vorgänge im Lager von Jambuya. Bonny, der größte Begleiter der Expedition, befähigt in einer Mitteilung an die „Times“ von dem Stanley gegen Bartlett erhobene Beschuldigung unerörtert zu bleiben, indem er eingeleitet und zählt unter Aufzählung von Einzelheiten eine ganze Reihe von Fällen auf, in welchen sich Major Bartlett solcher Grausamkeiten schuldig gemacht haben soll.

Bonny erwähnt u. a., Bartlett habe erklärt, er würde niemals die Coltrienstadt Stanleys annehmen aus Furcht vor Vergiftung. Bartlett selbst aber habe den Nerven Lippus, Salin den Wita Manombe, zu vergiften beabsichtigt und Bonny getötet, ob er geschworene Eide in seinem Wahnwahn hätte. Bonny habe die Eide darauf vorgetragen gehalten, ferner habe Bartlett einmal eine Frau tief in die Wunde gestochen. Der zehnjährige Knabe Sonny sei an den Folgen eines Fußtritts, den ihm Bartlett verleiht, gestorben. Einen jungen Mann, Namens John Henry, einen Christen, habe Bartlett anfangs erstickt und ihm dann die Ohren abschneiden lassen wollen, weil er einen Revolver gegen ihn abzugeben mittel eingetauscht habe. Er, Bonny, habe dagegen Vorwürfe gemacht. John Henry sei darauf von Bartlett zu 30 Peitschenhieben verurteilt worden und infolge dieser Strafe nach 24 Stunden gestorben. Bartlett habe ferner einen Lungenkranke einen Tisch mit dem Löffelmesser beschlagen. Die Verteilung von Nahrungsmitteln von dem Tode Bartletts sei völlig richtig. Bartlett habe das Manuombe-Wild unheimlich mit der Faust geschlagen und mit Füßen getreten. Die Mitteilung Stanleys über den vorgemerkten Fall von Kamalibimus sei ebenfalls richtig. Jameson habe 6 Kisten voller mit geschlachteten Wägen gehabt und 6 Kisten über die Schifffahrt angesetzt, welche er Bonny gegeben habe. Derselben befinden sich jetzt in den Händen der Frau Jameson. Bonny erklärt, was hiermit sehr wahrscheinlich erscheint, Bartlett sei zweifellos verrückt gewesen.

Eine weitere Depesche Stanley's aus Newyork führt an, daß seiner Darstellung der Episode Jameson u. a. eine schriftliche Erklärung des Dolmetschers Adhara zugrunde liege, welcher der Ermordung der Slavins zuzuhilfen. Ward schreibt einen Brief zugunsten Bartletts und erklärt, er habe Bartlett nie etwas thun sehen, wessen sich Stanley nicht auch schuldig gemacht hätte. Troop aber gibt zu, daß er häufig gegen Bartletts Handlungen protestiert habe. Frau Jameson verfertigt einen Brief zu veröffentlichen, welcher die Vorwürfe gegen ihren Mann entkräften soll. Verschiedene Zeitungen behaupten darauf, daß jetzt die volle Wahrheit über die Ereignisse im Lager von Jambuya veröffentlicht werde, da aus dem publizierten Tagebuch des verstorbenen Bartlett und den Briefen derselben vieles ausgelassen worden sei. Das Emmenton-Comité veröffentlicht einen Protest gegen den Vorwurf, daß das Ziel der Expedition Stanleys gewesen sei, in den Besitz der Eisenbahnverträge von Kamerun zu gelangen. Aus allen diesen neuerlichen Veröffentlichungen geht übrigens hervor, daß Stanley's neueste Geschichte aus dem Jambuya-Lager schon seit zwei Jahren bekannt sei. Schon damals erklärte das Emmenton-Comité für märenbacht, während Stanley selbst sie als erlogen bezeichnete. — Der Standard verlangt, da Stanley gerichtliche Schritte perhorresziert, eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission bezugs Feststellung der Wahrheit in der Kontroverse Stanley's mit seinen früheren Offizieren. Nach anderweiter Meldung wird Stanley einen Prozeß gegen Bartletts Familie antreten; er hat bereits für diesen Zweck den Notar Lewis und den Advokat Sir Charles Russell angeworben.

Nach Meldungen aus Liverpool sind dortige Kapitalisten, welche Kapitalien aus Manchester und London beschloßen, eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 10 Millionen Pfund Sterling zu begründen, zur Förderung der Handelsbeziehungen zwischen England und Westafrika.

Der Versuch von Westminster, sowie Stanley sollen Mitglieder sein.

Wie das „Newspaper Bureau“ vernimmt, hat Lord Salisbury dem portugiesischen Gesandten Lord Gower mitgeteilt, daß er den Vorschlag eines für 10 Monate gültigen modus vivendi annehme, wonach das englisch-portugiesische Abkommen vom 20. Aug. d. J. unter beiderseitiger Zustimmung zurückgezogen und der status quo ante anerkannt werde. Sobald die Note Lord Salisbury's in Lissabon eingetroffen ist, soll derselbe vom König ein Dekret erlassen und veröffentlicht werden, das die Schifffahrt auf dem Zambezi und über für vollkommen frei erklärt. Die Verhandlungen über ein neues Abkommen werden in Lissabon fortgesetzt werden. — Wie man der „Times“ aus Lissabon meldet, begünstigt dort die gesamte Presse, mit Ausnahme der republikanischen, die Regierung zur Erlangung des modus vivendi mit England, welcher als gerecht und verständig wahrscheinlich mit einem annehmbaren Vertrage führen werde. Dem englischen Generalconsul in Santos, Evan Smith ist der Vorhohn zweier Klöße, und damit die Berechtigung verliehen worden, das Präsidat „Sir“ zu führen.

Italien. Aus Rom schreibt man uns: Aus dem vielleicht zufälligen Umstande, daß der Aretivisch auf seiner Reise jetzt fortwährend jeden italienischen Hafen vermieden hat, will man hier schließen, er beschlicke den Besuch des Prinzen von Neapel überhaupt nicht zu erwidern. Erst einigen Tagen hat sich hier jedoch der General Ferrero zu dem Prinzen, der derzeit erster Adjuvant des Aretivischen ist, nach angenommen er unterhalte ihn im Quirinal wegen des Besuches des russischen Kronprinzen. Eine Befestigung dieser Vermutung bleibt jedoch abzuwarten.

Weiter wird uns aus Rom geschrieben: Im Vatikan ist man über den Besuch General Caprivi's in Mailand und Venedig offenbar sehr missvergnügt. Es genügt ein Blick in die von der Kurie inspirierten Organe, um sich sofort darüber klar zu werden, daß man denselben dort als eine Schlappe empfindet. Sämtliche vatikanische Blätter wettern bemerksprechend darin, die politische Tragweite der Bewegung international zu betreten und den Kanzler als „den schwarzen Mann“ für die italienischen Wähler hinzustellen. Die Radikalen, voran „Secolo“ und „Capitale“, ziehen mit ihnen denselben Strang. Erstreckt er sich aber vermög die dies durchwegs günstige Urteil der öffentlichen Meinung wesentlich nicht zu beeinflussen.

Die „Riforma“, das Organ Crispi's, sagt, die Stadt Mailand sei ein würdiger Dolmetscher der Wünsche Italiens

gewesen, als sie mit spontaner Herzlichkeit und Achtung den hohen Gast begrüßt und aufgenommen habe, der für seine Person und im Namen der Regierung und des Landes, die er vertritt, Italien einen Beweis seiner Sympathie und Hochachtung habe geben wollen. Die durchsichtige Freundschaft zwischen Italien und Frankreich ist ein Beweis für die Freundschaft zwischen Deutschland und Italien habe eine neue Bestätigung erhalten, an welcher sich beide Nationen erfreuen könnten. Der Reichstanzler v. Caprivi habe, als er Italien wieder verlassen, sicherlich die Ueberzeugung von der Aufrichtigkeit der Zuneigung Italiens mit sich genommen, in Italien aber die angemessenen Erinnerungen zurückgelassen.

Crispi ist am Montag nach Rom zurückgekehrt. Der am Sonntag in Rom abgehaltene sozialistische Arbeiter-Kongreß beschloß die Nichtbeteiligung an den nächsten politischen Wahlen.

Frankreich. Aus Paris schreibt man uns: Endlich läßt die Regierung an sich über den Massenverkauf ausstanzigter Halbpistolen erheben ernsthaft zu beunruhigen. Ueber 5 Millionen Stück sind nach in den letzten fünf Jahren von den verschiedenen Armeen aus dem Markt gebracht worden. Für wenige Francs konnte jeder Viehdieb ein gutes Gewehr beim ersten besten Brocanteur erhalten. Auf diesem Wege allein hier in Paris 2 Millionen Waffen abgesetzt worden sein. Angehörig hatten gewisse radikale Comités den Massenverkauf heimlich zustande gebracht. Vielleicht eine ungelegliche Benutzung der Gewehre bezogen, hat namentlich der Großhändlerverband gegen ferneren Verkauf auf das strengste unterlag. Jeder wird in diesem Falle der Brumen erst dann zugebeut, wenn das Kind hineingefallen ist. In den besseren Bourgeoiskreisen fühlt man sich dadurch lebhaft beunruhigt.

In der Deputiertenkammer beantragte am Montag bei der Debatte des Budgets des Kultusministeriums Maurice Faure die Streichung des gesamten Budgets, das mit den heutigen Deen nicht vereinbar ist. Die Kammer beschloß mit 368 gegen 154 Stimmen in die Beratung des Budgets einzutreten. Sämtliche Kapitel des Kultusbudgets wurden ohne Abänderung angenommen. Als Sicherheitsbedingung die Unterdrückung des Gehalts von Geistlichen als unangenehm bezeichnete, erklärte der Justizminister Fallières es als ein unzulässiges Recht des Staates, die Gehälter von der Regierung vermindert zu werden zu unterdrücken. Der Staat werde niemand verfolgen, aber er wolle die Gehälter von allen respektieren lassen.

Infolge eines am Sonnabend stattgehabten Zwischenalles in den Verhandlungen der Kammer, wobei Drouineau seine Berichtigung gegenüber Laguerre ausdrückte, wurden zwischen diesen beiden Deputierten Zeugen gewechselt. Man wird also bald vernehmen, daß zwischen den beiden Kameradschaften eines jener berühmten unblutigen Duells, wie sie unter den französischen Abgeordneten Mode sind, stattgefunden hat.

Die „Aberis“ meldet, falls die jetzigen Verhandlungen betreffs der Neufundlandfrage resultatlos verlaufen, werde ein neuer modus vivendi zwischen England und Frankreich getroffen werden, welcher die Wahrung der gegenseitigen Interessen und die Fortsetzung der Verhandlungen gestatte.

Die Mitglieder des demokratischen belgischen Vereines in Paris hielten am Montag ein von 1500 Personen behauchtes Protestmeeting ab, wegen des Verbots der belgischen Regierung gegen die Veranstaltung einer Kundgebung anlässlich des Jahrestages der Schlacht von Waterloo. Nach den dabei von Dehuffen, Duband und Chauvierre gehaltenen Reden beschloß die Versammlung, die Resolution, welche gegen dieses Verbot protestiert und den Sympathien für Frankreich Ausdruck gibt.

Das vorher Organisationscomité für das Garibaldi-Festmal hat sich bestimmt konstituiert mit dem Senator Schlicher als Präsidenten. Dem Comité gehören außerdem Jules Simon, Wagner, Spuller, Blanc und General Campenon an. Das Comité zur Vereinfachung der Sammlungen besteht aus den Direktoren der republikanischen Journale.

Held Boulangier ist von seiner Einreise in Jersey am Montag nach London abgereist.

Der frühere Kaiser von Brasilien, Dom Pedro, ist zum Winteraufenthalt in Cannes eingetroffen.

Belgien. Aus Brüssel berichtet man uns vom Montag: Gegenüber der von den Arbeitern zugunsten des allgemeinen Stimmrechts beabsichtigten Kundgebung sind umfassende polizeiliche Maßnahmen getroffen; die Truppen sind zwar konzentriert, werden keine Ruhestörungen nicht befürchtet. Die Arbeiterpartei will den im Stadthaus verammelten liberalen Abgeordneten von Brüssel nochmals einen energischen Protest zugunsten des allgemeinen Stimmrechts einbringen, welches das ganze Land begehrt, und das schon von zahlreichen Arbeitervereinen und demokratischen Gesellschaften verlangt worden ist; die Protestschrift fordert die gesetzgebenden Versammlungen auf, ihre Pflicht zu thun, ebenso wie die Arbeiter die ihre erfüllt hätten.

Spanien. Sagasta, welcher sich gegenwärtig auf einer politischen Rundreise befindet, ist am Sonntag in Barcelona eingetroffen und mit großer Begeisterung empfangen worden.

Griechenland. Die Kammer wurde am Montag mit einer Thronrede eröffnet.

In derselben wurde zunächst des freudigen Ereignisses der Geburt eines Kindes des Königs, der bestimmt ist, Thronfolger zu werden, gedacht. Weiter heißt es in der Thronrede, Griechenland wüßte stets freundschaftliche Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu unterhalten. Bezüglich des Kabinettwechsels wird betont, derselbe sei durch die vom Könige in den letzten Wochen behandelte Meinung herbeigeführt. Das Ministerium ist überzeugt von der Zweckmäßigkeit der Rückkehr zu einem Ministerrat, welches auf dem alten Wahlsystem basiere, es werde es an seinen Anstrengungen setzen lassen, um die Finanzen zu verbessern, damit der Staat in den Stand gesetzt werde, alle seine Verpflichtungen zu erfüllen und das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder zu erhalten. Die Organisation des nationalen Schulunterrichts werde die Aufmerksamkeit der Regierung ernstlich beschäftigen, ebenso die Entwidlung der Munizipalverordnungen. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nordamerika. Das amerikanische Comité zur Unternehmung der Rotblenden in Irland hat den von ihm erlassenen Aufruf zu Sammlungen in Bezug zurädgezoogen, weil Dillon und O'Brien erklärten, daß der Aufruf von nachteiligem Einflusse auf die von den Irländern zu befolgende Politik sein könnte. Das Comité fügt seiner Erklärung hinzu, der von ihm erlassene Aufruf habe die englische Regierung bereits dazu bestimmt, die zur Milderung der Rotblenden Verordnungen zu ergreifen.

Betten. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und Kissen) per Stand 18 M., 21 M., 30 M., 36 M., 45 M., 50 M., 60 M.

Bettfedern, gute staubfreie Waare, per Pfund 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M., 1½ M., 2 M., 2½ M., 3 M. etc.

Gebr. Fackenheim, Grosse Ulrichstrasse 13.

**Gardinen } jeder Art,
Stores }
Portièren,
Tischdecken und
Teppiche**

empfehl in grosser Auswahl zu billigen festen Preisen

die
Gardinen-Manufactur
von

A. Huth & Co.

Grosse Steinstrasse 70/71.

Neu eröffnet!

Hutfabrik mit Maschinenbetrieb

von
Hermann Haugk,

Hoflieferant,

Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 36,

empfehl sein reichhaltiges Lager in Kopfbedeckungen aller Art und Preislagen.

Filze zu techn. Zwecken etc. — Directe Bezugsquelle.
Dresden. Leipzig. Halle a. S.

St. Klausstr. 18 **Lederhandlung** St. Klausstr. 18
Nähe des Marktes. Nähe des Marktes.

Carl Friedrich Nachf.

Lager in: Frier, Dilschbacher, Ziegner, Wild- und Rahm-
sohleder, la. wechslige Mündleder feinsten Qualität,
franz. Kalbleder u. f. w. in allen Preislagen.

Spezialität: **Ausschnitt** aus allen besseren Sorten
Zohl- und Oberleder zu billigsten Preisen.

Wichtig für Hausfrauen.

Die Wollwarenfabrik von
Bernh. Curt Pechstein, Mühlhausen i. Th.

fertigt aus allen gezeichneten Wollwollen

haltbare und gediegene Kleiderstoffe

in den modernsten Mäßen, bei billiger Preisstellung u. schneller Bedienung.
Annahme und Mutterlager bei:

Heinr. Naue, Halle a. S., Wilhelmstraße 17.

Eier! Eier! Eier!

Infolge meiner großen Abkässe bin ich in der Lage zu offeriren
schöne frische große E. Eier 3 Mk. 20 Pf. per Schock.
Der Bekant findet aber nur in meinem Hauptgeschäft Gr. Schlamm 1
zu diesem Preise statt.

Natur-Butter

wie bekant von der allerbilligsten bis zu der denkbar reinsten Qualität empfehl

J. M. Uehlein,

Hauptgeschäft: Großer Schlamm 1.

Filialen: Geißestraße 39, Leipzigerstraße 34, Gr. Ulrichstraße 38,
Mittelwache 9.

Gr. Steinstr. **Ida Böttger,** Gr. Steinstr. 60

Mein reichhaltiges Lager in Neuheiten von

**Winter-Stoff-Unterröcken,
Flanell- und Tricot-Röcken,
Plüsch-Piqué und Weissen Röcken**

in einfacher sowie hochfeiner Ausführung halte geneigter Beachtung empfehl.

Zur Tanzstunde.

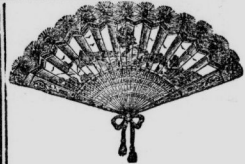
Gest. Batistoben. Diesen Artikel behandeln als
Specialartikel und offeriren bei reichster

Musterauswahl:

vollständige Robe à 4,50, 5,50, 6,75, 8, 9, 10—35
weiss und crème.

Ballhandschuhe. Stuartcoils. Ballblumen.

**Ph. Liebenthal & Co., Halle a/S.,
Untere Leipzigerstrasse 103, im Neubau.**



**Ball-
Fächer.**

Grösste Auswahl
von den einfachsten bis hochfeinsten
Neuheiten.

Reparaturen
schnell und billigst.

F. Rickelt,

Kleinschmieden.

Stafford-Tinten

sind die einzigen, welche sich nicht verbleien. Die jährlichen Verkäufe betragen

8.000.000 Flaschen.

Allein-Verkauf **Aug. Weddy, Leipzigerstraße 23,
Fernsprecher 390.**

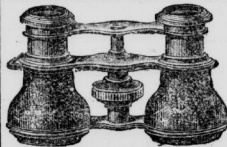
Farbige Friese

zu Portièren, Tischdecken, Fenstermänteln
in grosser Auswahl bei

Hermann Arnold

(Inhaber: Arnold & Troitzsch)

Gr. Steinstrasse Nr. 9.

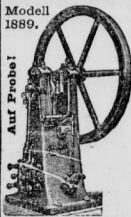


Operngläser

mit außerordentlich starker Vergrößerung
in ganz bedeutender Auswucht empfehl

Jul. Herm. Schmidt

(Sohn Carl Lamprecht),
Schmeerstraße 29.



Modell
1889.

Sombart's
Patent-

Gasmotor.

Einfachste, billigste und geräuschlose
Betriebskraft.

Ueber 1000 im Betrieb!
Mit ersten Preisen prämiert!

**Buss, Sombart & Co.,
Magdeburg (Friedrichsstadt).**

Chin. Thee's

in allen Mischungen und Preislagen, von vorzüglichem Geschmack und Aroma,
diesjähriger Ernte, sowie

H. Vanille in Schoten von 10—50 $\frac{1}{2}$
empfehl

Ernst Jentzsch, Leipzigerstr. 31.

**Eine reizende leichte
Sandarbeit**

ist Fertigen naturgetreuer Blumen
und Blüthenzweige von Seidenpapier.
Grösste Beliebtheit in allen fabri-
cationsreichen. Selbiges wird von mir
gründlich gelehrt. Material dazu zu
Nachschreiben.

**D. Naumann, Seiwitzstr. 14,
Vertreterin der E. Petzold'schen
Blumenfabrik, Dresden.**

Chines. Thee

neuer Ernte in eigener Packung in
Packeten von ½ Pf. an p. Pf.
3.00, 4.00, 5.00 u. 6.00 Pf.

Messmer's Thee

in Original-Packung.

Holland. Thee

von van Veen, Antwerpen.

p. Paket 1.00 u. 1.50 Pf.

Beste Bourb.-Vanille

p. Schote 10—60 Pf.

Engl. Biscuits

in 15 versch. Sorten.

Chocolat Suchard

in allen Packungen zu Original-

preisen, von 5 Pf. an 5%, von

25 Pf. an 10% Rabatt.

Chocoladen anderer Fabriken

p. Pf. von 80 Pf. an.

Van Houtens Cacao

1 Pf. ½ Pf. ¼ Pf.

3.00. 1.60. 0.90.

Gaedke's Cacao

p. Pf. ausgewogen 2.40.

Lobeck's Cacao

p. Pf. ausgewogen 2.00 und 2.40.

Echt ostind. Ingber

per 3 Pf. Topf 3.00, 1½ Pf. 1.60.

Harmeladen

zur Süßung, in 5 Pf. Packungen

p. Pf. von 45 Pf. an
empfehl

Gleim & Windmüller.

9596 Leipzigerstr. 9596.
Fernsprecher 534.

Für den Inhaberanteil verantwortlich
H. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.